

Die „Freiheit“ erscheint täglich morgens und nachmittags, Sonntags und Feiertagen ausgenommen. Der Bezugspreis beträgt bei treuer Abholung ins Haus und durch die Post bezogen M. 12.—, im voraus zahlbar. Für Vorkosten nehmen Familien-Verhältnisse Rücksicht. Unter Preisband bezogen für Teutland, Kongo, das Caero und Westindien sowie die früheren deutschen Gebiete Ostens und Ostpreußens M. 20.— für das übrige Ausland M. 30.— Redaktion, Expedition und Verlag: Berlin C 2, Breite Straße 20

Die Jahrgangspresse-Konkurrenz über deren Namen kosten 6.— M. einschließlich Postenporto. Kleine Anzeigen: Das letzte druckbare Wort 2.— M., jedes weitere Wort 1.50 M. einschließlich Anzeigensteuer. Laufende Anzeigen laut Tarif. Familien-Anzeigen und Stellen-Gesuche 3.75 M. netto pro Zeile. Stellen-Gesuche in West-Anzeigen: das letzte druckbare Wort 1.50 M., jedes weitere Wort 1.— M. Fernsprecher: Zentrum 152 30—152 39

Freiheit

Berliner Organ

der Unabhängigen Sozialdemokratie Deutschlands

Sozialistische Arbeit in Oberschlesien

Bezirksparteitag der USPD.

Gleiwitz, 27. November 1921.

Im festlich geschmückten Sitzungssaal der Stadtverordneten hielt heute die U. S. P. Oberschlesiens ihren Bezirksparteitag ab, zu dem sämtliche Ortsgruppen ihre Delegierten entsandt hatten. Ueber die politische Lage führte der Vorsitzende des Parteitag, Genosse Rau, aus: Die innerpolitische Lage wird gegenwärtig am intensivsten durch den Valutasturz beeinflusst, der eine maßlose Teuerung im Gefolge gehabt hat. Im Hintergrund lauern die ungeheuren Reparationsverpflichtungen, die Deutschland nicht leisten kann, wenn man sich nicht endlich dazu entschließt, das Kapital heranzuziehen. Mit besonderer Strupplosigkeit hat es das Kapital bisher verstanden, die Lasten auf die Schultern der arbeitenden Masse zu wälzen.

Hierauf beschäftigte sich der Redner mit der politischen Lage in Oberschlesien. Die Genossenschaft sei gefallen, und man müsse sich mit ihr abfinden. Es sei ein Verbrechen, den Revanchegedanken zu pflegen, oder den Versuch einer Irredenta zu machen. Die bevorstehenden Wirtschaftsverhandlungen seien von außerordentlicher Wichtigkeit. Eine Zwangsalota für die polnische Mark dürfe in Oberschlesien nicht eingeführt werden, als staatliches Zahlungsmittel dürfe nur die deutsche Mark in Frage kommen, während polnisches Geld lediglich als Ware anzusprechen sei. Die Wirtschaftsverhandlungen werden sich auch mit der Frage der Staatszugehörigkeit zu beschäftigen. Sache der Arbeiterschaft müsse es sein, darauf zu halten, daß in dieser Beziehung von keiner Seite auf die Beteiligten Gewissenszwang oder Terror ausgeübt werde. Das Optionrecht, das die Oberschlesier haben, dürfe weder zeitlich noch sachlich beschränkt werden.

Von außerordentlicher Bedeutung sei die Frage der Militärpflicht in den an Polen abzutretenden Gebieten. Ganz abgesehen davon, daß sich die Partei grundsätzlich die Bekämpfung des Militarismus angelegen sein lasse, müsse in der Praxis, das heißt auf Grund der gegebenen Sachlage, aufs schärfste dagegen protestiert werden, daß die Militärpflicht denjenigen auferlegt wird, die erklärt haben, die deutsche Staatsangehörigkeit weiter beibehalten zu wollen.

Von nicht zu unterschätzender Bedeutung sei die Frage der Aufrechterhaltung und Wertsicherung der deutschen Regierung habe eine Kommission eingesetzt, die unter dem Vorsitz des Landgerichtsdirektors Richter stehen sollte. Die U. S. P. hat dies aber nicht zugelassen, sondern ihrerseits eine Kommission eingesetzt, zu der wir nur einen Teil der Vertreter zu entsenden haben. Es müsse darauf gedrungen werden, daß die Kommission den geschädigten Arbeitern keine rechtswidrigen Abzüge macht. Es ist z. B. vorgekommen, daß ein Gewerkschaftshaus durch eine französische Wache beschlagnahmt worden sei. Die deutsche Kommission habe den Schaden sehr niedrig auf 15 000 M. geschätzt, nach dem heutigen Geldwerte also auf mindestens 30 000 M., die französische Belassung dagegen habe nach längerer Verhandlung eine Abfindung von 1000 bis 1500 M. geboten.

Vor allem sei die Sozialversicherung, die Knappschafts-, sowie die Invaliditäts- und Unfallversicherung in den abgetretenen Teilen Oberschlesiens sehr stark gefährdet. Es müsse damit gerechnet werden, daß dort die deutschen Sozialgesetze allmählich aufgehoben würden. Das heißt, die freiwilligen Kassen würden an die Stelle der gesetzlich vorgeschriebenen treten und die Leistungen der Kassen würden sich nach Art und Umfang auf freiwillige Leistungen herabmindern, die nur dann gewährt würden, wenn und soweit die Kassen Geld haben. Dergleichen werde die Höchstverordnung voraussichtlich für den polnischen Teil Oberschlesiens anher Kraft gesetzt werden. Eine Mieterhöhung werde in sechs- bis zehnfacher Höhe, wenn auch nicht von heute auf morgen, so doch allmählich und zwar hauptsächlich in Form von Nebenleistungen erfolgen.

Die geheimen Rüstungen

Ihre Wirkungen auf das Ausland

Die Pariser Presse beschäftigt sich eingehend mit dem riesigen Waffensund in den Rodiroh-Werken in Heidenau bei Dresden. Der Sonderberichterstatter des „Matin“, Herr Sauerwein, schreibt, daß gerade in dem Augenblick, in dem die Reichsregierung eine dokumentierte Antwort auf die Rede Briand's über den mangelhaften Entwaffnungswillen Deutschlands vorbereitet, die Interalliierte Kommission einen sensationellen Waffensund mache, der ganz gewiß nicht unter den Dokumenten figurieren werde. Mit den in Heidenau gefundenen 343 Hauptstücken könnten allein 28 Divisionen bewaffnet werden. Dabei sei zu bedenken, daß man wenige Tage vorher erst 150 Hauptstücken gleichen Kalibers in derselben Fabrik gefunden habe. Bedenke man, daß die Entdeckung nur einem Zufall zu verdanken sei, und daß es ganz ausgeschlossen sei, alle Keller in Deutschland zu durchwühlen, so müsse man zu der Feststellung kommen, daß in dieser Tatsache etwas liege, was zu großer Beunruhigung Anlaß geben könne.

Als wir feinerzeit von dem Fund berichteten, haben wir sofort darauf hingewiesen, daß das Ausland aus einem derartigen umfangreichen Waffensund die erforderlichen Konsequenzen ziehen werde. Das ist nun geschehen. Es ist klar, daß angesichts solcher Tatsachen das Mißtrauen des Auslandes erneut anwachsen muß, und zwar umso mehr, als die deutsche Regierung sich beharrlich in Schweigen hüllt und der Öffentlichkeit über den Fund keine Aufklärung gibt. Wenn es sich um Arbeiter handelt, wird über jedes versteckte

Schließlich werde die Lohnbewegung als eine einheitliche Bewegung für die gesamte ober-schlesische Arbeiterschaft angesehen. Schon jetzt seien Klagen der polnischen ober-schlesischen Arbeiter darüber eingelaufen, daß sie trotz des Tarifs um 20 bis 25 Prozent der Löhne unterboten werden. Es sei selbstverständlich, daß, wenn der polnische Teil Oberschlesiens wesentlich billiger und bedürftigeren Arbeitskräfte aus Kongresspolen heranziehe, der deutsch bleibende Teil Oberschlesiens wegen mangelnder Rentabilität dem wirtschaftlichen Ruin zugeführt werde. Auf der anderen Seite dürfe auch das Moment der Arbeitslosigkeit nicht außer acht gelassen werden, und es müsse ein Modus gefunden werden, der den Interessen der Arbeiterschaft in jeder Weise gerecht werde.

In der Diskussion wurden diese Gedanken entschieden unterstützt. Sie gipfelte in dem Beschluß, eine Kommission zu bilden, die in Wahrnehmung der von der Partei vertretenen Arbeiterinteressen mit der deutsch-polnischen Wirtschaftskommission in Verbindung treten soll, um den Unterkommissionen Mitglieder der Partei als Sachverständige zuzuführen.

Hierauf wurde die Autonomiefrage behandelt. Der Vorsitzende, Genosse Rau, führte aus, daß die U. S. P. Oberschlesiens an einer kantonalen oder an einer provinziellen Autonomie seiner Interessen habe. Die Partei propagiere die Konzentration des Staates und die Zusammenfassung aller Kräfte. Eine andere Frage sei die Einteilung des Staates in Wirtschaftsbezirke, die durchaus annehmbar sei. Für die Autonomie lege sich vor allem das Zentrum und der polnische Teil der Landbevölkerung ein. Eine Autonomie würde diesen beiden Parteien das Übergewicht geben und würde die Gestaltung der Sozial- und Kulturpolitik in sozialistischem Sinne vereiteln. Daher müsse die Partei entschieden gegen eine Autonomie Stellung nehmen. Nachdem der Parteitag diese Stellungnahme einstimmig gebilligt hatte, erledigte man noch eine Reihe organisatorischer Fragen, die sich aus der Postrennung eines Teiles von Oberschlesien von Deutschland ergeben.

Die deutsch-polnischen Verhandlungen

Vertagung bis Januar

CC. Paris, 28. November.

Die deutsch-polnische Wirtschaftskonferenz hat ihre Sitzungen bis Anfang Januar vertagt, nachdem sie ein Reglement von 12 Artikeln angenommen hatte, das unter anderem die Schaffung von 12 Unterkommissionen vorsieht. Diese sollen in Oberschlesien tagen. Eine weitere Kommission für den Schutz der Kinderheiten soll in Genf ihre Arbeiten fortsetzen. Für einen späteren Zeitpunkt ist die Schaffung einer Unterkommission in Aussicht genommen, die über die Einrichtung und die Machtbefugnisse aller zwischen den beiden Regierungen wirkenden Organisationen zur Sicherstellung des Wirtschaftsakkords bestimmen soll. Falls es zu keiner Einigung kommen sollte, werden die Kommissionen stets zwei Fassungen ihrer Vorschläge ausarbeiten, die dem Vorsitzenden der Konferenz, Colander, unterbreitet werden sollen. Die deutschen und die polnischen Bevollmächtigten können allen Sitzungen der Unterkommissionen teilnehmen und an den Untersuchungen der Sachverständigen teilnehmen. Der Wortlaut des Gesamtabkommens wird von den beiden Hauptbevollmächtigten und vom Präsidenten festgesetzt werden. Letzterer wird bereit sein, die vorbereitenden Arbeiten zu überwachen und alle Anregungen zu geben, um ein Abkommen zustande zu bringen. In Genf selbst sollen alle strittigen Punkte geprüft werden. Die Unterzeichnung des Abkommens wird in Genf vor sich gehen: es wird ganz in französischer Sprache abgefaßt sein und wird auch in die deutsche und in die polnische Sprache übersetzt werden.

Gewehr ein großes Geschrei erhoben, die Riesenschiedungen der Revanchepolitik werden hingegen totgeschwiegen.

Die deutsche Regierung sollte sich aber darüber klar sein, daß durch Schweigen die Sache nur verschlimmert werden kann. Eine Aufklärung ist schon deshalb dringend erforderlich, weil sonst sehr leicht die Auffassung entstehen könnte, als habe die deutsche Regierung mit dieser Waffenschiebung etwas zu tun. Ist dieser Verdacht nicht begründet, dann muß gegen die Schuldigen mit rücksichtsloser Schärfe vorgegangen werden. Eine solche Maßnahme läge vor allem auch im Interesse der bedrohten Deutschen Werke, da die Zerstörungen, die nach dem Wunsch der Interalliierten Kommission in diesen Werken vorgenommen werden sollen, in der Hauptsache gerade mit dem Hinweis darauf begründet werden, daß in den Werken aufs neue Kriegsmaterial hergestellt werden könnte.

Daß im übrigen die Deutschen Werke mit dem Fund nichts zu tun haben, braucht wohl kaum festgestellt zu werden. Die aufgefundenen Geschütze stammten zwar aus Spandau, aber die Verschiebung hat zu einer Zeit stattgefunden, als die Spandauer Werke noch Heeresbetriebe waren und unter militärischer Verwaltung standen.

Die hessischen Wahlen

Nach dem nunmehr vorliegenden Gesamtergebnis der hessischen Landtagswahlen tritt in der Verteilung der Sitze noch eine Änderung ein, und zwar wie folgt: Mehrheitssozialisten 24, Deutschnationale Volkspartei 4, Deutsche Volkspartei 10, Bauernbund 11, Demokraten 5, Zentrum 12, U. S. P. 2, und Kommunisten 2.

Ein harmloser Geschäftsmann

In der gestrigen Sitzung des Auswärtigen Ausschusses des Reichstages hat Herr Hugo Stinnes auf alle Fragen, was er denn nun eigentlich in London getan habe, geantwortet: „Mein Name ist Hase, ich weiß von nichts.“ Er sei, so wird weiter von ihm berichtet, als harmloser Geschäftsmann übers Meer gefahren und habe in England lediglich Privatangelegenheiten erledigt. Wenn sich Herr Stinnes also vorläufig über seine Pläne noch in Schweigen zu hüllen beliebt, so wissen wir doch längst, von welcher Art diese Pläne sind. Sie stellen in ihrer Harmlosigkeit ungefähr den Gipfel kapitalistischer Geschäftemacherei vor. Und Herr Stinnes ahnt dabei jenem Henker, der von seinem Delinquenten noch eine Dankagung dafür erwartet, daß er ihn unter den Galgen führt.

Ob die Reise nach London mit einem zweitägigen Week-End-Besuch auf dem Landhof von Lloyd George geendet hat, wie von einigen Seiten behauptet wurde, oder ob Herr Stinnes seine Sachen, wie jeder andere harmlose Geschäftsmann, in einigen Hotelzimmern abgewickelt hat, ist ziemlich gleichgültig. Es kommt auch noch gar nicht so sehr darauf an, ob wirklich schon eine weitgehende Übereinstimmung zwischen den führenden Kreisen des deutschen und des englischen Großkapitals über die Pläne des Herrn Stinnes besteht, ob sich ihnen auch die amerikanische Hochfinanz anschließt und ob auch das französische Großkapital sich in irgendeiner wirtschaftlichen und politischen Form an ihnen beteiligen wird. Aber schon das Bestehen dieser Pläne ist eine ungeheure Gefahr. Sie gehen, um es zusammenzufassen, auf eine Vertrufung der gesamten Wirtschaft Mittel- und Osteuropas aus. Unter dem Stichwort des Wiederaufbaus des Verkehrswezens soll fast der ganze europäische Kontinent unter die Vormherrschaft der sandigierten internationalen Großkapitals gebracht werden.

Das Kernstück und zugleich die Wirt der deutschen Kapital für dieses Unternehmen sollen die deutschen Eisenbahnen sein. Unser Verkehrsnetz stellt noch immer, trotzdem es während des Krieges heruntergewirtschaftet und durch die Manipulationen der Industriellen augenblicklich unrentabel gemacht worden ist, ein Objekt von riesigem Werte vor, und man begreift, daß gerade deshalb das Großkapital seine gierigen Hände nach ihm ausstreckt. Die Verkehrsnetze fast aller anderen mittel- und osteuropäischen Staaten müssen dagegen von Grund auf neugeplant werden, und da die eigene wirtschaftliche Kraft dazu in der Regel nicht ausreicht, ist schon längst ausländisches Kapital an ihnen beteiligt. Die umfangreichste und wichtigste Aufbaubarbeit ist in Rußland zu leisten. Die bisherigen Versuche der Sowjetregierung, Einzelkonzessionen zu erteilen, sind im wesentlichen gescheitert, nun er bietet sich das international verbundene Großkapital zum Wiederaufbau des russischen Transportwesens; die Regierungen der alliierten Weltmächte stehen hinter ihm, und das bedeutet, daß auch ein Wechsel in der Regierungsform Rußlands der Ausführung der kapitalistischen Pläne nicht erträglich sein würde.

Der augenblicklich in Berlin weilende englische Pazifist Kennworthy hat die Stellung Deutschlands in diesem Europatraktat so erklärt, daß die englische Industrie die Rohstoffe und die deutsche Industrie die Fertigerzeugnisse liefern, daß also England der Arbeitgeber, Deutschland der Arbeitnehmer sein solle. Dieser Engländer mit dem guten Herzen mag das nur symbolisch gemeint haben; in die raue Wirklichkeit der kapitalistischen Wirtschaft übertragen, heißt das soviel, daß das international verbundene Großkapital die kolonialistische Ausbeutung Mittel- und Osteuropas beginnen will, wobei das englisch-amerikanische Kapital der Chef der Firma, das deutsche Kapital der Zwischenmeister und Antreiber sein würde. Die Besitzergreifung des Transportwesens kann nur der erste Schritt auf dem Wege zur vollkommenen wirtschaftlichen Unterjochung des europäischen Kontinents sein; der zweite Schritt, die politische Verflechtung der europäischen Völker, muß mit unerbittlicher Konsequenz darauf folgen.

Von dem Standpunkt der Produktionstechnik aus gesehen, ist die Zusammenfassung des kontinentalen Verkehrswezens in ein einheitliches System ohne Zweifel ein wesentlicher Fortschritt. Aber dieser technische Fortschritt wäre mit der Auslieferung der Eisenbahnen an das internationale Kapital zu teuer erkaufte. Was wir brauchen, ist nicht eine Sinnierung Europas, sondern eine Verständigung der Völker über die gemeinsam zu lösenden wirtschaftlichen Aufgaben. Insbesondere die Arbeiterklasse aller Länder muß sich gegen die Versuche des Großkapitals wenden, ihm unter dem Deckmantel des Wiederaufbaus eine neue Art der Hörigkeit aufzuzwingen.

In der Hauptversammlung des Vereins deutscher Eisenhüttenleute, die augenblicklich in Düsseldorf tagt, hat sich ein anderer Industriekapitän, der Generaldirektor Böglert, darüber beklagt, daß der Klassenkampfgedanke im Denken und Fühlen unseres Volkes eine furchtbare Verwirrung angerichtet habe und daß die Arbeiterschaft sich gegen das Bürgertum, gegen die bestehende Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung und insbesondere zum Kampf gegen das Unternehmertum organisiere. Erst allmählich beginne sich die

Ueberzeugung Bahn zu brechen, daß eine führende Unternehmerschaft mehr als je notwendig sei. Die Arbeiterschaft werde immer mehr erkennen, daß sie aus ihren Reihen die zur Führung von Staat und Wissenschaft nötigen Kräfte nicht hervorbringen könne. Aus diesen Worten spricht die ganze Ueberheblichkeit der kapitalistischen Wortführer. Das eine Mal treiben sie als „harmloser Geschäftsmann“, das andere Mal als göttliche Weltenerregere auf. Immer aber versuchen sie die Arbeiterklasse davon zu überzeugen, daß sie nichts Besseres tun könne, als sich, ohne mit der Wimper zu zucken, ihren eigenen Schlächtern an das Messer zu liefern.

Die kapitalistische Forderung nach der Vertretung des europäischen Wirtschaftslebens muß die Arbeiterklasse mit dem Rufe nach der Sozialisierung beantworten. Je anmaßender die Vertreter des großen Kapitals auftreten, desto entschlossener muß der Wille der ganzen wertstiftenden Bevölkerung nach der Umgestaltung unserer gesamten wirtschaftlichen und staatlichen Verhältnisse sich kundtun. Und das deutsche Proletariat hat die besondere Aufgabe zu erfüllen, die gefährlichen Pläne des harmlosen Geschäftsmannes und seiner Teilhaber in den anderen Ländern zu enthüllen und das deutsche Volk zu fragen, ob es stillschweigend seine Auslieferung an das international verstrickte Großkapital erdulden will. Läßt es jetzt zu, daß die Eisenbahnen an die Industrieherzöge überantwortet werden, so heißt es sich des Rechts, überhaupt noch an seinem künftigen Geschick handelnd teilzunehmen. Entschließt es sich nicht zum härtesten Kampf gegen die Selbstsucht der kapitalistischen Schichten, so ist sein Los endgültig entschieden.

Keine Legendenbildung!

Von Luise Zieg.

Gegenüber Schiefheiten und Unrichtigkeiten oder gar Verleumdungen der bürgerlichen Presse über unsere Partei und meine Person handle ich in der Regel nach dem Grundsatz: „Läßt sich was sagen und ignoriere die Unwahrheit.“

Technisch habe ich mich bisher verhalten, wenn die „Rote Fahne“ schimpfte oder wenn der „Vorwärts“ sich unserer Partei gegenüber aufspielt als der „Schulmeister“ und als der „überlegene Politiker“; wenn seine Redaktoren sich unsere Köpfe zerbrechen über die Taktik unserer Partei und sich dabei nicht scheuen, Indiskretionen über interne Besprechungen zu begangen und dabei noch falsche Darstellungen zu geben, oder wenn der „Vorwärts“ sich Tag für Tag in Antampelungen bestimmter Mitglieder unseres Zentralkomitees gefällt.

Ich bin sicher, daß alle anständig denkenden Genossen in der S. P. D., des A. D. G. B. und der K. P. dieses Verhalten ebenso verurteilen wie unsere Parteigenossen.

Genau so stehe ich, wie gesagt, zu den Schimpereien und Verunglimpfungen der „Roten Fahne“. Ich hätte auch zu ihrer neuesten Leistung, nach der ich den Justizminister „inbrünstig“ angefleht haben soll, die Hungerstreikenden freizulassen, geschwiegen, wenn nicht unsere Genossen mir mitgeteilt hätten, daß diese Behauptung gegenwärtig in den Versammlungen und Betrieben eine große Rolle spiele, wobei die Kommunisten die Richtigkeit ihrer Behauptung dadurch zu beweisen suchten, daß ich bisher nicht widersprochen habe.

Die Genossen böten mich, die Sache richtigzustellen, deshalb sei das Folgende festgestellt:

Am Dienstag früh kamen in unser Bureau zwei Deputationen, die eine aus Volzsig, die andere aus Staßfurt, die beide behaupteten, von allen drei Parteien und den Gewerkschaften delegiert zu sein, und wünschend dringend, wegen der Lützenburger Hungerstreikenden mit dem Justizminister zu sprechen. Ich vermittelte diese Unterredung in unserem Fraktionszimmer im Reichstag, wozu sich dann noch andere Personen gesellten, die bereits im Reichstag warteten, unter ihnen auch der kommunistische Reichstagsabgeordnete Kemmle. — Nachdem die Arbeiter der Deputation ihre Wünsche vorgetragen hatten, antwortete der Justizminister, der eine Nachprüfung aller Urteile zulagte und eine Anzahl Begnadigungen in Aussicht stellte.

Die Versammelten, die eine allgemeine Amnestie der politischen Gefangenen verlangten, waren augenscheinlich unbefriedigt. Ich nahm deshalb das Wort und sagte dem Minister, daß ich den lebhaftesten Wunsch hätte, die Delegationen mit einem mehr befriedigenden Ergebnis der Aussprache heimzuführen zu sehen. Ich ersuchte ihn deshalb, uns zwei Fragen zu beantworten:

1. Ob er uns zusichern könne, daß Vorkehrungen getroffen würden, damit die Hungerstreikenden nicht Schaden an Leib und Gesundheit nehmen.

2. Ob der Minister uns erklären könne für seine Person, daß er für eine allgemeine Amnestie der politischen Gefangenen witten wolle.

Darauf rief der Abgeordnete Kemmle dazwischen: „Ach, Frau Zieg, lassen Sie doch das Bitten und Betteln, wenn der Minister nicht will, läßt er es bleiben.“ Worauf ich voll Zorn erwiderte: „Ich verbitte mir, daß Sie meine Fragen an den Minister bitten und Betteln nennen. Wir sind hier, um für die Gefangenen etwas zu erreichen, zu dem Zweck verhandeln wir mit dem Minister. Sie haben kein Recht, unser Wirken herabzusetzen.“ Darauf antwortete der Minister auf meine erste Frage mit einem glatten Ja, das sei bisher schon geschehen und werde weiter geschehen; auf die zweite Frage antwortete er mit Nein. Das Eintreten für eine allgemeine Amnestie widerspräche keiner Ueberzeugung. Der Minister hatte kaum das Zimmer verlassen, als der ungeladene Kemmle das Wort ergriff und einen ganzen Haufen Vorschläge, was nun geschehen müsse, aus dem „Kermel schüttelte“. Die Anwesenden sollten sich als einheitliche Kommission konstituieren, sollten die übrigen Kommissionen, die noch aus dem ganzen Reich kommen würden (12), erwarten und alsdann einen Kongreß einberufen, der die Amnestie durchsetzen werde, und anderes mehr. Als endlich Kemmle Atem schöpfte, ergriff ich das Wort und rief dringend ab von diesem Plan, empfahl vielmehr, den politischen Parteien das Weitere zu überlassen, die ja auch im Reichstag und im Untersuchungsausschuß für die Gefangenen eingetreten seien. Darauf antworteten etwa 5-6 Stimmen auf einmal, daß sie davon nichts wissen wollten, sie brauchten keine Führer, seien selbst Führer! Als auf nochmaligen Einspruch meinerseits dieselbe Antwort kam, bin ich gegangen. Ich erinnere mich der letzten Parole, die aus Moskau an die Kommunisten gekommen war: „Ihr müßt die Arbeiter von ihren politischen und gewerkschaftlichen Führern trennen suchen“, und sah daß bereits danach gehandelt wurde.

Der Ausschuß für Kriegeschädigtenfragen befaßte sich am Montag mit einer Reihe zusammenhängender Petitionen. Sonderbar mußten die Ausführungen eines Ausschußmitgliedes an, daß auf dem Sonntag der Kriegeschädigten in Magdeburg festgesetzt worden sei, daß im Regierungsverzeichnis Merseburg für soziale Fürsorge 3 527 956 Mark für Verwaltungskosten im gleichen Zeitraum 4 460 726 Mark zur Veranschlagung gelangten. In gleichem Verhältnis stehen diese Ausgaben in Berlin, wo 67 1/2 Prozent aller Ausgaben auf Verwaltung und nur 32 1/2 Prozent auf soziale Fürsorge der Kriegeschädigten entfallen. Der eiserne Schem muß da einmal ganz gründlich angekratzt werden.

Geschichtsfälschung

In der „Roten Fahne“ nimmt der Kommunist Jakob Walcher zu den Enthüllungen über die sogenannte Märzaktion Stellung. Er schreibt:

Die kommunistische Partei wird schon deswegen durch die Veröffentlichungen des „Vorwärts“ seinen Schaden leiden, weil sie freimütig die Fehler der Märzaktion eingestanden und in jähem und leidenschaftlichem Ringen durchaus die praktischen Folgerungen gezogen hat. Wir dürfen das nur so bezeichnender feststellen, als wir von Anfang an der Märzaktion ablehnend gegenüberstanden. Darüber, daß es sich in den veröffentlichten Berichten um phantastische Uebertreibungen handelt, ist kein Wort zu verlieren. Ungleich wichtiger ist, daß mit jener Auffassung, die glaubte, man könne proletarische Massen zu revolutionären Aktionen zwingen und die tatsächlich in der Märzaktion vorhanden war, in der kommunistischen Partei rücksichtslos gedrohen wurde.

„Wir“, was heißt das? Als wir an dieser Stelle die Arbeiter warnen, den kommunistischen Gefolgshaft zu leisten, weil der von ihnen eingeschlagene Weg ins Verderben führen mußte, nannte uns die „Rote Fahne“ Verräter und Verbrecher am Proletariat. Und als wir, um der Sinnlosigkeit des Blutvergießens Einhalt zu gebieten, eine Intervention der Gewerkschaften antegten, tobte die „Rote Fahne“:

„Die „Freiheit“ fordert eine Intervention der Gewerkschaften und der sozialdemokratischen Parteien. Wir haben auf eine Intervention der Schurken, die selbst den weißen Schreden der Bourgeoisie entsetzt haben, die selbst für die Bourgeoisie das Heil ausüben... Schmach und Schande über den Arbeiter, der jetzt noch beiseite steht, Schmach und Schande über den Arbeiter, der jetzt noch nicht weiß, wo sein Platz ist.“

Schurken waren also diejenigen, die der Märzaktion ablehnend gegenüberstanden. Schmach und Schande sollte über die Arbeiter kommen, die sich an diesem Verbrechen nicht mit beteiligten. Das ist die Wahrheit. Und was geschah mit Paul Levi und den anderen, die es wagten, rücksichtslos Kritik an dem begangenen Verbrechen zu üben? Sie wurden ausgestoßen aus der kommunistischen Partei, in der heute nur noch die Leute das Ruder führen, die jener „Aktion“ den Stempel aufdrückten. Das müßte eigentlich auch Walcher wissen, der jetzt so tut, als sei die kommunistische Partei in die „Märzaktion“ hineingeschlittert, als sei für sie irgendein Vorgesetzter verantwortlich, der in der K. P. D. nie eine Rolle gespielt habe.

Besichtigung der Deutschen Werke

Eine ausländische Gewerkschaftskommission in Spandau

Berlin, 28. November.

Am 28. November besuchten gelegentlich ihrer auf Einladung der deutschen Gewerkschaften und unter Führung des Ministers a. D. Bissel vorgenommenen Rundreise etwa 40 Vertreter von Regierungen, Arbeitgeber- und Arbeitnehmerorganisationen aus den Vereinigten Staaten, Kanada, Brasilien, Schweden, Italien, England, Frankreich, Schweden und der Schweiz, die der Internationalen Arbeitskonferenz in Genf beigegeben hatten, auf ihrer Rundreise durch die Werke der ehemaligen deutschen Rüstungsindustrie auch die Deutschen Werke in Spandau und Havelhorst. Unter den Anwesenden bemerkte man den Vertreter des Internationalen Gewerkschaftsbundes Amsterdam, Dubegeest, Sumoto von der Workers Delegation of Japan, Louis Thomas, Redakteur des „People“, Gramsch, Redakteur des „Populaire“, Generalsekretär des französischen Gewerkschaftsbundes „Confédération“, Berichterstatter des „Daily Telegraph“, Bianchi, Sekretär des italienischen Gewerkschaftsbundes, Arthur Tuggh, Sekretär des Eisen- und Stahlarbeiterverbandes und Präsident Brodes.

Unter Führung von leitenden Persönlichkeiten und Mitgliedern des Betriebsrates der Deutschen Werke wurde den Herren ein großer Teil der jetzt wieder in Betrieb befindlichen Werkstätten gezeigt und ihr Augenmerk auf die Teile des Werkes gerichtet, die durch die letzten Maßnahmen der Internationalen Kommission schon zu Stillstand und Zerstörung verurteilt sind. Das lebhafteste Interesse der ausländischen Besucher äußerte sich in allerhand sachverständigen Fragen. Besonders fiel allen die große Zahl der Maschinen an, die zur Zerstörung oder Entfernungs aus den Werken bestimmt sind, während andererseits für die Betriebe ansehnliche, moderne und wenig rationell arbeitende Maschinen belassen werden sollen. Der düstere Eindruck, den die vielen stillstehenden Maschinen und die gesprengten Mauern auf die Beschauber machte, wurde nur gemildert durch die Schaffensfreude, die trotz aller Unterdrückungsmaßnahmen der Kommission in denjenigen Werkstätten zum Ausdruck kam, die von der Entente freigegeben sind. Aus allem Gesehenen mußten die ausländischen Vertreter den Eindruck gewinnen, daß die Umstellung der ehemaligen Betriebswerkstätten auf die Herstellung von Friedenserzeugnissen harmlosster Art möglich durchgeführt und die Wiederaufnahme der Fabrikation von Kriegsmaterial nur nach langer Vorbereitung möglich sei.

Der Wucher ist stärker als die Scham

In einer vom „Brandenburgischen Landbund“ kürzlich veröffentlichten Zuschrift aus dem Oberbruch befinden sich folgende Sätze:

„Der Landwirt ist außerstande, die Preise zu senken, sie müssen sich den Weltmarktpreisen anpassen. Gibt der Landwirt billig ab, so hat der Großhandel höheren Verdienst. Die Schuld trägt die Regierung“ u. m. a. Die Beschwerden an unseren Körpern müssen wir aufheben und gegen Wucherer in unseren Reihen Kampf vorgehen. Wer einen Vertrag abgeschlossen hat und ihn nicht hält, weil er jetzt mehr z. B. für die Milch durch Butterverarbeitung bekommen kann, der muß an den Pfander. Wird dieser Mann nicht umgelehrt verlangt, daß ihm eine veraltete Maschine, die im Preise gestiegen ist, zum Abschlußpreise geliefert wird? Oder wenn die Milch billiger geworden wäre, daß er den festgesetzten Abschlußpreis wieder erhalte?“

Den Bericht über eine unlängst in Schwiedus stattgefundene Landbundsversammlung überschreibt das genannte Organ mit den sehr schönen Worten: „Stadt und Land, Hand in Hand“. In demselben heißt es u. a.: „Der Landbund sei nicht geschaffen, um übermäßige Preise für landwirtschaftliche Produkte, sondern um ausreichende Preise zu erzielen, damit wir durch Steigerung der Erzeugnisse frei würden von der Armut des Auslandes.“ So lauten die Worte der Landbändler. Ueber ihre Taten berichtet derselbe „Brandenburgische Landbund“, Nr. 46:

Auf der vom Landbund Sachsen in Halle veranstalteten Landbundsversammlung wurde darüber Klage geführt, daß die Landwirte sich vielfach weigerten, den im Ort wohnenden Landbeamten Milch, Karioffeln, Getreide und dergl. abzugeben. Wie in der Verhandlung festgestellt wurde, ist dies häufig nicht auf schlechten Willen der betreffenden Landwirte, sondern einfach darauf zurückzuführen, daß es ihnen gegen das Gefühl geht, den Haus an Haus mit ihnen wohnenden Landbeamten die jetzigen hohen Marktpreise abzugeben. Da sie andererseits keine Lust haben, den Landbeamten ein Geschenk zu machen, sagen sie dann in derartigen Fällen lieber, sie hätten nichts mehr abzugeben. Die Folge für den Landbeamten aber ist, daß er, anstatt unmittelbar durch den Erzeuger, nunmehr keinen Bedarf auf dem Umwege über den Händler zu erzielen

feueren Preisen decken muß. Kein Wunder, daß sich dann eine gewisse Mißstimmung bei den Landbeamten gegenüber den Landwirten schließt.“

Wir dürfen es uns versagen, auf ein derartig widerwärtiges Gemisch von Ertzanz, Heuchelei und Demagogie, wie es in diesem Versammlungsbericht enthalten ist, näher einzugehen, und beschränken uns darauf, gewissermaßen von weitem mit dem Finger auf die jämmerliche Gegenjämlichkeit zwischen Landbund und Wort und Landbünde zu hindeuten.

Da haben wir die Bescherung

Den Monarchisten ist es sehr peinlich, wenn sie daran erinnert werden, daß die deutschen Fürsten im November 1918 wie Hasen davonliefen, als der erste Ansturm des Volkes auf ihre Bastionen erfolgte. Sie suchen deshalb nach Gründen, die das Davonlaufen erklärlich machen sollen. Einem Tübinger Professor ist es jetzt gelungen, die tiefer liegenden Ursachen der Fürstenflucht sozusagen wissenschaftlich aufzudecken. In einer rechtsstehenden Wochenschrift, „Deutschlands Erneuerung“, schreibt er darüber folgende Sätze:

„Die meisten Fürstlichkeiten haben sich, ebenso wie die herrschenden Stände, streng an die Nahrungsmittelvorschriften gehalten. Sie waren daher in ihrem körperlichen Zustand mächtig herabgekommen. Sie hungerten aus Pflichttreue und Patriotismus. Die Angreifer dagegen, die Kaitzen, waren wohlgemut und im Besitz ihrer vollen Körperkräfte. Auf diese Weise hat auch der Hunger in der Tat zum Gelingen der Revolution bedeutend beigetragen.“

Da haben wir also die Bescherung. Die deutschen Fürsten waren in der Tat ausgehungert. Der große Vorratshüter, den Wilhelm Hohenzollern im Berliner Schloß angelegt hatte, enthielt zwar Lebensmittel für mehrere Jahre. Aber diese waren im November 1918 für Wilhelm nicht erreichbar, denn er befand sich damals in Spaa und war deshalb gezwungen, nach Holland zu fliehen, um überhaupt noch eine Lebensmöglichkeit zu finden. Die deutschen Professoren sind doch geschickte Leute.

Die völkischen Putschisten

Am Sonnabend und Sonntag fand in Berlin eine außerordentliche Tagung des Verbandes nationalgesinnter Soldaten statt, jener Organisation, die von Ludendorff und Oberst Bauer gegründet worden ist, und die zum erstenmal beim Kapp-Putsch aktiv in den Vordergrund trat. Es handelt sich um eine rechtsradikale Organisation, die auch mit den Geheimhänden sehr enge Beziehungen unterhält und die insbesondere während der Kämpfe in Oberschlesien sich sehr eifrig um den Nachschub bemühte, indem sie überall geheime Werbebureaus unterhielt, ohne daß ihr dabei von der Regierung irgendwelche Schwierigkeiten gemacht worden wären.

Der Verband nationalgesinnter Soldaten will über den Parteien stehen. Auf seiner Tagung hat er aber beschlossen, an die Deutsche nationale Partei eine Anfrage zu richten über deren Haltung zur „völkischen“ Frage. Die Partei habe zu dieser Frage kein klares Bekenntnis abgegeben, und es wird ihr deshalb die Entziehung der Unterstützung bei Wahlen und dergleichen angedroht. Juden raus! ist die Parole. Inzwischen hat die Deutsche nationale Partei schon klein beigetragen. Sie hat einen Bescheid gefaßt, „Nur und mit aller Entschiedenheit“ auf dem Boden des deutsch-völkischen Bekenntnisses zu stehen und die Partei von jedem jüdischen Einfluß freizuhalten“. Das Geß der Juden nimmt die Partei der deutschen Monarchisten natürlich nach wie vor sehr gern in Empfang. Wer einen neuen Kapp-Putsch will oder vor einem Karren auf dem Throne Anlieber über will, der spende ihr ein Scherlein.

Kunst und Kirchenverwaltung

Beratungen im Landtagsausschuß

Der Hauptausschuß des Preussischen Landtages setzte am Montag die Beratung des Kultusetats fort. — Die Frau Kunze (U. S.) beantwortete staatliche Unterdrückung der Bayreuther Festspiele, die eine werdende Anlage darstellten. Sie erhob Einspruch gegen die geplante Erhöhung des Eintrittsgeldes in die Museen und wünscht freien Eintritt an allen Tagen. Man möge dem arbeitenden Volke nicht noch den geringen Anteil an den Kulturgütern verkümmern, den es auf Grund seiner Klassenlage und dank der Armenschule hat.

Unterstaatssekretär Becker erklärt die von mehreren Mitgliedern angeregte Förderung der Bayreuther Festspiele für ein bairisches, allenfalls für eine Angelegenheit des Reiches. Von der Zahlung von Eintrittsgeldern in die Museen werden nur 24 Prozent der Besucher getroffen, die überdies zumeist Fremde seien. Er tritt für eine Einschränkung in der Verteilung des Professortitels ein unter Anspielungen auf die Freigebigkeit, mit der Konrad Hähnisch während seiner Amtszeit diese Auszeichnungen verteilte. — Abg. Hahnender: Die Ausführungen des „Reigen“ sind Schuld an der Zunahme der Prostitution und der Fruchtbarkeitssteigerung. — Abg. Manasse (U. S.) schildert die Not der jungen Wälder, denen der Weg in die Öffentlichkeit durch besondere staatliche Fonds erleichtert werden müsse. Um die Not der Schriftsteller zu lindern, möge der Staat gewissen Stiftungen — wie z. B. der Schillerstiftung — Beihilfen gewähren.

Zwei Anträge des Abg. Dr. Wenl (U. S.) zur Förderung der landwirtschaftlichen Arbeitsnachweise und der akademischen Wohnhäuser, Mittel bereit zu stellen ferner die vom Charitkrankenhaus in Berlin für jede Entbindung verlangten besonderen Gebühren von 50 Mark abzuhängen, werden abgelehnt. Ein Antrag auf Erhöhung der Zahl der Denkmäler der Kunst der Geschichte, der Natur, sowie der Landschaft, wird angenommen, ebenso ein von der U. S. P. unterstützter Antrag der S. P. D. auf Bewilligung ausreichender Mittel für die Einrichtung von Kursen zur beruflichen und wirtschaftswissenschaftlichen Schulung von Arbeitern, Angestellten und Beamten in Anlehnung an Universitäten, Hochschulen, Fachschulen. Die Gewerkschaften sollen bei finanzieller Unterstützung dieser Unternehmungen ein Mitbestimmungsrecht erhalten.

Beim Etat für geistliche Angelegenheiten erklärt Abg. Frau Kunze (U. S.), daß die unabhängige Fraktion die geforderten Zulagen nicht bewilligen werde. Die wünschenswerten Aufhebungen der theologischen Fakultäten. Die ideologischen Forschungsgebiete können in die historischen, philologischen und philosophischen Fächer aufgeteilt werden. Die durch Aufhebung der theologischen Fakultäten ersparten Geldmittel können sehr nützliche Verwendung finden für Zwecke der Volksschule, die heute an diesem künftigen bitteren Mangel leidet. — Abg. König (S. P. D.) erklärt im Gegenfall, daß auf dem Boden der Reichsversammlung zu stehen wonach den Kirchen bestimmte Etatposten zuzuführen.

Die außerplanmäßigen Zulagen für die Geistlichkeit werden Konzeptionen werden gegen die Stimmen der Linken bewilligt. Bei der Gesamtbestimmung lehnten U. S. P. und S. P. D. den Etat ab, nur König (S. P. D.) stimmte dafür.

Beim Schlußhaushalt sind auf einem Teich in Tr. Schlösschen (Andau) zwei dreijährige Kanaken eingeschossen. Sie ertranken mit einem 19-jährigen jungen Mann, der sie retten wollte.

Die Erhöhung der Werkstarife beschlossen

Alle Verbesserungsanträge abgelehnt

In der gestrigen Stadtorordnetenversammlung hat gleich zu Beginn die bürgerliche Mehrheit eine schwere Verantwortung auf sich geladen. Am den letzten friedlichen Weg zur Beilegung des Konfliktes zwischen den Angestellten und dem Magistrat zu eröffnen, brachte die Fraktion der U. S. P. D. folgenden Dringlichkeitsantrag ein:

Die Stadtorordnetenversammlung ersucht den Magistrat, zur Vermeidung einer wirtschaftlichen Katastrophe sofort neue Verhandlungen mit den Organisationen der Werkgestellten aufzunehmen und den berechtigten Wünschen der Angestellten Rechnung zu tragen unter Berücksichtigung der bereits vor Fällung des letzten Schiedsspruches gemachten Zugeständnisse.

Von bürgerlicher Seite wurde die Behandlung dieses Antrages verhindert. Damit hat die bürgerliche Mehrheit vor der Berliner Bevölkerung die Verantwortung auf sich genommen, daß wenn die Werkgestellten im Verfolge ihrer berechtigten Forderungen in den Streik treten, sie die letzte friedliche Verhandlungsmöglichkeit verhindert hat.

Bei der Beratung der Magistratsvorlage über die Deckung der Mehrausgaben infolge der Lohn- und Gehaltssteigerungen machte Stadtorordneter Dr. Lohmann (S. P. D.) eine sehr interessante Mitteilung aus den Ausschuhberatungen. Er zitierte eine Äußerung des Kammerers Karding wörtlich wie folgt:

Einige Berliner Elektrizitätswerke sind geradezu Musterbeispiele dafür, daß Kommunalbetriebe besser wirtschaften als Privatbetriebe.

Der Redner wies die bürgerliche Mehrheit darauf hin, daß es gerade ihre Presse gewesen sei, die diese Tatsache immer bestritten habe, und deren Agitation, wie der Kammerer in der Ausschuhberatung erklärt hat, die Stadt um Millionen Mark geschädigt hat.

Für unsere Fraktion nahm Genosse Kuchenbender das Wort und begründete folgenden Antrag:

Die Stadtorordnetenversammlung wolle beschließen, die Vorlage über die Erhöhung der Beamtengehälter wegen ihres unsozialen Charakters und der Unmöglichkeit, sie im Rahmen der gesetzlichen Bestimmungen sozial umgestalten zu können, abzulehnen.

Ein Versuch der Demokraten und des Zentrums, die ihnen unangenehme Debatte über die Erhöhung der Werkstarife zu unterbinden, mißlang, durch die Drohung unserer Fraktion, gemeinsam mit den Kommunisten den Saal zu verlassen.

Nachdem dann noch einige Redner zu den Vorlagen Stellung genommen hatten, kam es zur Abstimmung. Wesentliche Veränderungen der Ausschuhvor schläge erfolgten nicht. Nur die Besoldungsvorlage für die Magistratsmitglieder wurde an einen Ausschuh zurückverwiesen.

Sitzungsbericht

Zu Beginn der Sitzung verlas der Vorsitzende die Eingänge, unter denen sich ein Dringlichkeitsantrag Gaebel und Gen. (S. P. D.) befand, der den Magistrat ersucht, die Rückbildungen von 400 Junglehren zurückzunehmen. Auf Antrag Dr. Wegl (U. S. P. D.) wurde der Antrag einem sofort zu bildenden Ausschuh überwiesen. Bei einem zweiten Dringlichkeitsantrag Dr. Wegl, der den Magistrat zu nochmaligen Verhandlungen mit den Organisationen der Werkgestellten aufforderte, wurde von bürgerlicher Seite der Dringlichkeit widersprochen.

Als Berichterstatter des Par-Ausschuhes zur Beratung der Magistratsvorlagen über Erhöhung der Beamtengehälter, Arbeiterlöhne und deren Deckung war Stadtr. Dr. Kardner (Dnll.) bestimmt. Der Ausschuh hatte wohl nicht die Absicht, seinen Bericht zur Kenntnis der Versammlung bringen zu lassen, sonst hätte er nicht einen Redner bestimmt, der vollkommen unverständlich blieb.

Die Diskussion eröffnete Stadtr. Dr. Lohmann (S. P. D.) mit einer ausführlichen Begründung der Stellung seiner Partei. Er erinnerte das Bürgerium noch einmal an den Wahlschwund, der die Erhöhung der Werkstarife bisher Schuld der roten Mehrheit sei. Der Redner wandte sich der Besoldungsordnung zu und erklärte sie für ein Ungeheuer ohne jedes soziale Verständnis. Aus den Ausschuhberatungen machte der Redner die interessante Mitteilung, daß die bürgerlichen Parteien die Bezirksbürgermeister der Augenbezüge über die Berliner Stadträte im Gehalt sehen wollten, wobei sie aber die Bürgermeister der Innenbezirke 1-8 (wo es Sozialisten sind) ausnehmen wollten! In ausführlichen Darlegungen erklärte Dr. Lohmann die Stellung der U. S. P. D. die an den oberen Beamtengehältern eine Summe von 7,5 Millionen ersparen und diese den unteren Beamten zulegen will. Zur Deckungsvorlage bemerkte Dr. Lohmann, daß der Gaspreis nur auf 2,50 M. erhöht werden (statt 2,60 M. nach der Magistratsvorlage), der Elektrizitätspreis dafür etwas härter herangezogen werden solle.

Stadtr. Lange (Ztr.) hält es gleichfalls für einen unhaltbaren Zustand, daß große Schichten der unteren Beamten nach dem Gehalt des Existenzminimums leben. Seine Freunde stimmen beifolglich der Deckungsvorlage der Festlegung des Ausschuhes zu. Stadtr. Prengel (Dem.) erwidert die Gesichtspunkte, welche seine Fraktion gegenüber der Besoldungsvorlage und der Deckungsfrage stellen, und wünscht die Wiederherstellung eines Ausschuhes, welcher die wirtschaftlichen Grundlagen der städtischen Verhältnisse prüfen solle.

Stadtr. Genosse Kuchenbender: Wir lehnen die Magistratsvorlage rundweg ab; sie ist wegen ihres unsozialen Charakters absolut unannehmbar. Es ist unzulässig unsozial, wenn man der großen Masse der unteren Beamten kaum das Existenzminimum sichert und den oberen Beamten Summen bewilligen will, die über das Lebensbedürfnis weit hinausgehen. Es ist demüthig, daß ein Magistrat, der stets zur Sparsamkeit und Selbstbescheidung mahnt, in dieser Vorlage so wenig davon spüren läßt.

Stadtr. Fabian (Dnll.) nimmt den Festlegungen des Ausschuhes im allgemeinen zu, einer Erhöhung des Wasserpreises aber nur dann, wenn den Hausbesitzern die Möglichkeit gegeben wird, diese Preiserhöhung auf die Mieter abzuwälzen.

Eingehend wird die Vorlage noch von den Stadtorordneten Albrecht (Sp.), Dittmer (S. P. D.), Dittmer (U. S. P.) besprochen. Namens der Kommunisten spricht Stadtr. Schumacher. Die Gehälter der Magistratsbeamten seien von einer großen Andurchsichtigkeit; niemand wisse so recht, was die oberen Beamten alles in allem beziehen. Dieser Gehaltsvorlage könne man unmöglich zustimmen.

Kammerer Dr. Karding stellt einige Äußerungen des St. B. Schumacher richtig.

Ein von den Demokraten und dem Zentrum gestellter Schlußantrag wird in namentlicher Abstimmung mit 95 gegen 92 Stimmen angenommen.

St. B. Genosse Dr. Wegl: Durch die Annahme des Schlußantrages ist meinen Freunden ebenso wie den Kommunisten die Möglichkeit genommen, uns über die Deckungsfrage zu äußern. Wie betrachten dies als eine Vergewaltigung (Lärm) und werden deshalb den Saal (Zurufe und große Unruhe.)

St. B. Seimann (S. P. D.) hält es nicht für angeht, nachdem zwei Fraktionen den Saal verlassen haben, nun in einer so wichtigen Angelegenheit etwa zur Abstimmung zu schreiten. Er beantragt deshalb, die weitere Beratung auf morgen zu verlagern.

St. B. v. Ennen (D. Sp.) macht darauf aufmerksam, daß morgen viele seiner Freunde infolge des Beginns des Fortittages verhindert sein werden.

Kammerer Dr. Karding: Für die Stadt steht die Frage auf dem Spiele: entweder wird die Deckungsfrage heute erledigt, oder soll erst in einer Woche oder später die Vorlage verabschiedet werden. Das wäre ein großer Schaden für die Stadt, den sie nicht vertragen kann.

Durch die Äußerung des Stadtkammerers ist die Debatte wieder eröffnet.

Es sprechen noch St. B. Dr. Alexander (Rom.), Brunow (M. D.).

Genosse Amberg spricht gegen die Erhöhung der Tarife für Licht und Kraft, ebenso gegen die Gedanken, den Tarif für Straßenbahnfahrkarten auf 2 M. zu erhöhen. Das gehe unter keinen Umständen; der Preis von 1,50 M. würde schon das Höchste der Gebühr sein. Die Werke dürfen nicht saniert werden durch Arbeiterentlassungen, sondern durch großzügige Reformen.

Die Debatte wird nunmehr geschlossen und zur Abstimmung geschritten.

Bezüglich der Lohnsätze für die Arbeiter wird der Ausschuh Antrag, soweit er mit der Magistratsvorlage übereinstimmt, angenommen. Ein Antrag Schumacher, die Feuerungszulage auf 1000 M. und 250 M. für jedes Kind unter Anrechnung der schon gezahlten Beiträge festzusetzen, wird mit 97 gegen 85 Stimmen abgelehnt, ebenso ein Antrag Fabian, die vom Ausschuh beschlossene Beihilfe von 300 M. für jeden Arbeiter nur für jeden verheirateten Arbeiter zu bewilligen.

Bezüglich der Gehälter der Magistratsmitglieder wird der Antrag Dr. Wegl auf Ablehnung dieser Vorlage abgelehnt, dagegen wird der demokratische Antrag auf Ueberweisung der gesamten Gehaltsvorlage für die Magistratsmitglieder usw. an einen Ausschuh angenommen; ebenso ein Antrag, wonach der Magistrat ersucht werden soll, schleunigst eine Vorlage über die Eingruppierung der Beamten zu machen.

Es folgen die Abstimmungen über die Deckungsfrage. Angenommen wird der Gaspreis von 2,50 M., ferner der vom Ausschuh vorgeschlagene Wasserpreis, der Elektrizitätspreis von 5 M., der Preis für die Straßenbahn mit 1,50 M.

Der Antrag auf wesentliche Verbilligung des Straßenbahntarifs für die minderbemittelten Schichten der Bevölkerung, Inwieweit um wird mit 91 gegen 87 Stimmen abgelehnt. Die Einkommensgrenze für Arbeiter-Wohnarten soll wesentlich erhöht werden.

Die Abstimmung über die gesamte Deckungsvorlage ist eine namentliche. Sie ergibt die Annahme der Vorlage mit 98 gegen 73 Stimmen.

Die kommunistische Arbeitsgemeinschaft

Neue Illusionen und Utopien

Wie das „Mitteilungsblatt der K. A. G.“ berichtet, fand am Sonntag, den 20. November, in Berlin eine Reichskonferenz der kommunistischen Arbeitsgemeinschaft statt, die von Vertretern aus verschiedenen Teilen Deutschlands besucht war. In dieser Konferenz wurde nach eingehender Erörterung der politischen Lage und der Verhältnisse in der kommunistischen Partei der Beschluß gefaßt, die kommunistische Arbeitsgemeinschaft aufrechtzuerhalten und im bisherigen Sinne weiter zu arbeiten.

Die Verhältnisse innerhalb der kommunistischen Partei wurden von den Berichterstattern als äußerst traurig geschildert. Nirgends sei reges politisches Leben, Einheitsfront, Vertrauen oder irgendein Zusammenarbeiten vorhanden. Der Einfluß der Partei auf die Massen außerhalb der Organisation sei fast gleich Null. Die „Radikalen“ könnten in den meisten Bezirken das Parteiobjekt allein nicht mehr steuern; man hole deshalb in vielen Fällen wieder die „Rechten“ heran. Aus der kürzlich stattgefundenen Zentralauschuhung der K. A. G. wurde berichtet, daß zwar der Mitgliederbestand vom Berichterstatter Zell Schmidt unmittelbar darauf festgestellt, der Bestand der zahlenden Mitglieder sei auf 135 000 bis 150 000 Mitglieder zusammengeschmolzen. Die Zahl der Abonnenten aller kommunistischen Zeitungen ist von 270 000 im Juni auf 240 000 zurückgegangen. Die Gesamtauflage der „Roten Jahre“ ist 35 000, der Mitgliederbestand in Berlin-Brandenburg 22 000!

Von Interesse sind weiter die Feststellungen, die Paul Levi in seinem Referat über die politische Lage machte. Daß die kommunistische Internationale, so führte er aus, sich in einer großen Krise befinde, könne niemand leugnen. Schon vor einem Jahre ist klar gewesen, daß es ein Verhängnis sein würde, wenn die Kraft der kommunistischen Internationale nur ausreichte, um zu spalten, und nicht in der Lage sei, etwas Besseres an die Stelle des Alten zu setzen. Man könne nicht sagen, daß z. B. in Frankreich an die Stelle der Sozialistischen Partei eine bessere kommunistische Partei getreten sei, genau so wie in Oesterreich und Italien. Auch in Deutschland müsse man sich fragen, ob das, was die kommunistische Internationale gebracht hat, „das ist, was wir uns vor einem Jahre versprochen haben.“

Nach präziser drückte Paul Levi den Bankrott seiner eigenen Politik, die er vor einem Jahr getrieben hat, in folgenden Worten aus: „Weber hat Halle das gebracht, was wir uns versprochen haben — im März sind diese Hoffnungen zerfallen worden —, noch ist jetzt ein Zustand eingetreten, demgegenüber die Arbeiter sagen, daß es trotzdem so besser sei. Das Resultat von Halle ist: die U. S. P. D. hat aufgehört, viel zu sein, und die K. P. D. ist nichts geworden. Die Entwicklung zur großen sozialrevolutionären Partei ist mitten in ihrem Werden unterbrochen.“

Dieses Eingeständnis, dem die Konferenz beipflichtete, sollte eigentlich genügen, um jene wenigen Leute, die sich um Levi, Däumig, Hoffmann usw. gruppieren, zur größten politischen Zurückhaltung zu veranlassen. Sie waren es doch vor allen Dingen, die das Gift der Spaltung in die U. S. P. D. hineingetragen und, nach ihrer eigenen Worten, ihre Entwicklung zur großen sozialrevolutionären Partei unterbrochen haben? Diese Zurückhaltung sehen wir aber bei der kommunistischen Arbeitsgemeinschaft nicht. Trotz zutreffender Kritik der Zustände in der kommunistischen Internationale und ihrer deutschen Filiale suchen sie noch immer die Illusion zu verbreiten, als ob eine „Gesundung“ der kommunistischen Bewegung in Deutschland möglich sei. So haben sie auf der Konferenz eine Resolution angenommen, die der Hoffnung Ausdruck gibt, daß eine große revolutionäre Massenpartei entstehen könnte, wenn die K. P. D. an der Politik festhalte, die sie sich auf der letzten Zentralauschuhung gegeben habe, und wenn sie diese Politik ehrlich und nicht zur Erreichung taktischer Parteinteressen durchführe.

Die Annahme einer solchen Resolution, die nur geeignet ist, den selbstverschuldeten Auflösungsprozeß der kommunistischen Partei aufzuhalten, erscheint uns so sonderbarer, als in derselben Resolution eine Reihe von Forderungen aufgestellt werden, deren Verwirklichung als die Voraussetzung für die Bildung einer großen revolutionären Partei und die ausschlaggebende Rolle der K. P. D. angesehen wird. Diese Voraussetzungen sind:

1. Völlige materielle Unabhängigkeit von der kommunistischen Internationale.
2. Unterstellung aller von auswärtigen kommunistischen Organisationen (auch Organen der kommunistischen und roten Ge-

werkschaftsinternationale) erscheinenden Literatur unter die Kontrolle der deutschen Parteileitung.

3. Sicherheit gegen alle offenen oder verdeckten organisatorischen Eingriffe des Zentralauschuhes der kommunistischen Internationale neben, außerhalb oder gegen die Organe der deutschen Sektion.

4. Programmatische Festlegung einer Politik, die die Zusammenarbeit aller revolutionären Arbeiter in Deutschland ermöglicht, unter ausdrücklichem Verzicht auf alle politischen Bestrebungen im Sinne der Märzaktion.

5. Festlegung einer Gewerkschaftspolitik, die unbeschadet aller revolutionären Ziele die organisatorische Einheitsfront und Geschlossenheit der deutschen Gewerkschaften aufrechterhält.

Es ist ohne weiteres klar, daß die kommunistische Internationale sich selbst preisgeben würde, wenn sie diese Bedingungen, die ihrem ganzen Charakter strikte widersprechen, annehmen wollte. Der einzige Punkt, der wahrscheinlich in Moskau volle Billigung finden würde, ist Punkt 1: völlige materielle Unabhängigkeit von der kommunistischen Internationale; denn der Unterhalt der kommunistischen Stipendiaten in den verschiedenen Ländern bereitet schon jetzt dem Moskauer Exekutivkomitee schwere Sorgen. Aber mit der Verwirklichung dieser Forderung ist am allerwenigsten — der K. P. D. gebietet, die sich naturgemäß mit Händen und Füßen sträuben würde, daß ihr die Grundlage ihrer Existenz entzogen würde.

Ebenso wie mit diesen Bedingungen der kommunistischen Arbeitsgemeinschaft ist es mit ihrer Voraussetzung bestellt, daß die K. P. D. ehrlich und ohne taktische Hintergedanken an jener Politik festhalten könnte, die in den Resolutionen des Zentralauschuhes ihren Ausdruck fanden. Levi hat selbst in seinem Referat darauf hingewiesen, daß diese „neue Linie“ nicht in einem Prozeß ehrlicher Selbstverständigung innerhalb der Partei erworben, sondern von Moskau aus diktiert worden sei. Die Zentrale und der Zentralauschuh seien in diese ihnen jetzt vorgeschriebene Politik „hineingeklettert wie in die Märzaktion“. Und, so fuhr er fort, die „linken“ Felder müßten nicht sein, wer sie sind, wenn sie die wunderbaren Gelegenheiten in diesem Winter unbenutzt vorübergehen lassen würden, ohne gewisse „Teilaktionen“ durchzuführen.

Noch schärfer kamen die von Levi ausgesprochenen Zweifel in der Diskussion zum Ausdruck. Dort wurde klipp und klar ausgesprochen, daß die Beschlüsse des Zentralauschuhes zwar der Situation in gewissem Maße Rechnung trügen, daß es aber fraglich sei, ob die „Linken“, die zum größten Teil den Organisationsapparat in den Händen haben, wirklich gewillt seien, diese Politik konsequent durchzuführen. Bei ihnen, so wurde erklärt, nehme sich die ganze Umstellung wie eine politische Bauernlägererei aus. — Das ist unvollständig; denn die ganze „neue Linie“ des kommunistischen Zentralauschuhes ist nichts weiter als politische Bauernlägererei. In den Anweisungen, die Kadek dem Zentralauschuh erteilt hat, wird ausdrücklich erklärt, daß man zwar die Einheitsfront des Proletariats fordern, aber niemals vergessen solle, was die Kommunisten von den „Süßerdingen“, den „Dittmännern“, den „Rosenfeld u. Co.“ trenne, und man solle auch niemals den Kampf gegen die beiden sozialistischen Parteien vergessen!

Deshalb ist dieser Beschluß des Zentralauschuhes auch nur eine neue Anwendung des Prinzips von Lenin, mit L. P. S. G. L. A. u. H. und Betrug gegen die anderen Arbeiterparteien zu operieren. Er ist angeordnet worden, um den kommunistischen Führern die Möglichkeit zu geben, an die Massen der U. S. P. D. und S. P. D. überhaupt erst wieder heranzukommen. Wäre das gelungen, dann hätten die Eberlein und Konforten die erste Gelegenheit benutzt, um ihre Verbrechen vom März zu wiederholen. Deshalb kann es mit diesen, die Arbeiterbewegung ruinierenden Leuten keine Gemeinschaft geben.

Mit diesen Feststellungen ist wohl die Grundlosigkeit jener Hoffnungen gekennzeichnet, die die kommunistische Arbeitsgemeinschaft an eine Gesundung der kommunistischen Bewegung knüpft. Sie würde in viel größerem Maße die Herausbildung einer großen einflussreichen Partei des Proletariats, die auch wir herbeiführen, fördern, wenn sie dem Proletariat offen und unabweisend erklären würde, daß die kommunistische Partei ein verzweifeltes Zeichen ist. Die noch unter dem Einfluß der K. P. D. stehenden Arbeiter können nur dann zur Einheitsfront des Proletariats gelangen, wenn sie den unfähigen, korruptierten und arbeiterfeindlichen Führerkriegel der K. P. D. unter sich lassen.

Erhöhung der unpfändbaren Grenze des Arbeitslohnes. Der Reichsjustizminister hat dem Reichstag einen Gesetzentwurf zuugehen lassen, nach dem die Grenze des unpfändbaren Lohnes auf 8000 Mark festgesetzt und im weiteren bestimmt wird, daß, soweit der Lohn diese Summe übersteigt, er zu einem Drittel des Mehrbetrages der Pfändung nicht unterworfen sein soll. Für die aus dem Lohn unterhalbberechtigten Angehörigen des Lohnempfängers erhöht sich der unpfändbare Teil des Mehrbetrages für jede unterhaltsberechtigten Person um ein Sechstel höchstens jedoch auf zwei Drittel des Mehrbetrages. Uebersteigt der Arbeits- oder Dienstlohn jedoch die Summe von 50 000 Mark für das Jahr, so ist der darüber hinausgehende Betrag der Pfändungsbeschränkung nicht unterworfen.

Ausschneiden!

Druckfache
an die
Sauptredaktion der „Freiheit“
Berlin G 2
Brette Straße 8-9

Die Geheimnisse der Schloßkaserne

Die Verhandlung wegen der Ermordung des Oberwachmeisters Buchholz wurde am Montag fortgeführt. Der Vorsitzende teilte mit, daß am heutigen Dienstag ein Lokaltermin in der Schloßkaserne stattfinden wird. Die Staatsanwaltschaft bringt einen Brief zur Kenntnis, den der Zeuge Mann erdalt hat. Dieser Brief lautet: „Für Ihre Aussagen im Prozeß, daß Buchholz nicht Selbstmord begangen habe, müssen Sie mit dem Tode büßen, Sie Vaterlandsverräter. Ein politischer Agent.“ Der Zeuge Helbing, der auf einmal alles vergessen hat, was er in genau derselben Form einer ganzen Anzahl von Zeugen erzählt hat, ist nicht erschienen. Nach einer telephonischen Mitteilung soll er in der Universitätsklinik Aufnahme gefunden haben.

In der weiteren Beweisaufnahme sagt der Zeuge Storke, daß er an den Selbstmord des Buchholz nicht glaube. Dieser Zeuge hat ein Gespräch zwischen Robald, Hauptmann Stennes und dem Angeklagten Meyer gehört. Letzterer habe erklärt: „Wenn Buchholz mit politischen Dingen kommen sollte, dann ist er erledigt.“ Der Zeuge hatte den Eindruck, als ob dies heißen solle, Buchholz solle um die Ecke gebracht werden. Dem Zeugen ist des weiteren bekannt, daß für bestimmte Personen

Agentengelder

angewiesen wurden. Diese Gelder wurden von einem Leutnant in Empfang genommen, und später seien dann persönliche Quittungen der Empfänger eingelaufen. Hauptmann Stennes habe die Einzelnachweise dieser Agentengelder erhalten.

Alsdann wird Hauptmann Stennes vernommen. Der Herr Hauptmann hat, wie eine große Anzahl seiner Beamten, ein sehr schlechtes Gedächtnis. Ob Meyer gesagt hat, Buchholz sei erledigt, darauf kann sich Stennes nicht „entsinnen“. Die Auszahlung von Agentengeldern sei an außerhalb der Hundertschaft stehende Leute nach einem bestimmten Tarif erfolgt. Die Abrechnungen seien übrigens in Ordnung gewesen und spielten bei der Unterschlagungssache keine Rolle. Erren und Meyer seien kolossal pflichterferne Beamte. Der Zeuge sagt des Ferneren aus, daß er keinerlei Gründe kenne, die dazu angehen könnten, daß Helbing hätte verschwinden müssen. Soviel er wisse, habe Helbing seine Entlassung nachgehakt, nachdem er vorher in allerlei Weiber- und Geldgeschichten verwickelt gewesen sei.

Zeuge Unterwachmeister Klein stellt fest, daß die bei der Leiche gefundene Pistole nicht die des Buchholz ist. Dieser habe eine schwere Browningpistole besessen. Zeuge Rummeler war ebenfalls einmal vor das sogenannte Ehrengericht zitiert worden. Der Angeklagte Meyer habe sich damals geäußert, daß Jaspert eben

einen Meineid schwören müsse,

damit die Angelegenheit mit der Waffenschlebung in der Hundertschaft nicht herauskäme. In der Hundertschaft blühte die Geinnungsschnüffelei. Der Zeuge hat von Hauptmann Stennes selbst den Auftrag erhalten, die politische Ansicht des Trägers auszukunfeln. Daß bei der Hundertschaft viel geprägelt wurde, sei ein offenes Geheimnis gewesen. — Hauptmann Stennes, der nochmals aufgerufen wird, sagt aus, daß er bei seinen Beamten gewisse „Prüfungen“ vorgenommen habe, aber nicht aus politischer Gesinnungsschnüffelei heraus. Er habe in seiner Hundertschaft sehr viele Mitglieder der S. P. D., und dies seien mit die besten Beamten, auf die er sich unbedingt verlassen könnte. Die Behauptung des Zeugen Rummeler, daß Hauptmann Stennes gesagt hat, wenn er nicht mehr bei der Hundertschaft sei, dann würden die Beamten Verbrecher, befreit Stennes, Zeuge Rummeler bleibt jedoch bestimmt dabei, daß Hauptmann Stennes diese Behauptung getan hat.

Zeuge Jaspert berichtet eingehend über die Waffenschlebung in der Hundertschaft. Der Zeuge stand ebenfalls vor dem „Ehrengericht“ der Hundertschaft, und sagt aus, daß Meyer gesagt hat, entweder muß Dräger verschwinden oder Jaspert einen Meineid leisten. Aus Angst vor Mißhandlungen, da ihm ganz offen mit dem Gummiknüppel gedroht wurde, hat Jaspert auch bei seiner Verneinung über die Waffenschlebung unrichtige Angaben gemacht. In seiner weiteren Vernehmung sagt Jaspert aus, daß Beamte in Zivil als

Spiegel in die Gewerkschaften und die Parteien geschickt

worden seien. Unter falschem Namen wären diese Spiegel eingetragene Mitglieder der Gewerkschaften und Parteien geworden. Auch die Polizeibeamten seien beihilft worden. Als ein Geschworener den Zeugen fragt, ob er die Namen von solchen Ge-

werkschaftspägeln behalten habe, erklärt der Zeuge, daß es derzeit viele Beamte gemein seien, daß er sich nicht mehr genau an einzelne Namen erinnern könne. Der Zeuge sagt weiter aus, daß Hauptmann Stennes als die Waffen verlegt wurden, dabei war. Stennes sagte, wenn er nur wisse, wer der Denunziant sei, Infolge der guten Verbindung zum Kommando der Schutzpolizei, seien die Waffen als überfällig verbracht worden.

Dem Rechtsanwalt Dr. Isberg scheinen diese Zeugenaussagen über das wahre Gesicht der Hundertschaft z. B. außerordentlich unangenehm zu sein, denn er vermahnt sich dagegen, daß immer Sachen in die Verhandlung hineingebracht werden, die nicht zum eigentlichen Thema gehören. Wegen dieser Ansicht des Rechtsanwalts kam es zu einer Auseinandersetzung zwischen der Verteidigung und der Staatsanwaltschaft. Dr. Isberg glaubt feststellen zu müssen, daß die Staatsanwaltschaft den Prozeß nicht im Interesse eines guten Urteils in der „Roten Fahne“ zu führen brauche. (Bewegung. Zuruf vom Pressetisch: Na ja, der Sumpf stinkt ja auch so schon genug!)

Der Zeuge Dräger war ebenfalls in den Verdacht geraten, der Verräter der Waffenschlebung in der Hundertschaft zu sein. Im betrunkenen Zustande habe der Oberwachmeister Müller in seinem Beisein einmal mit dem Revolver herumgeschwungen, auf den Zeugen gezielt und erklärt, daß derjenige, dem es in der Hundertschaft nicht passe, K. L. ungnädig machen solle, daß er weglomme. Andere Beamte der Hundertschaft haben Dräger verschiedentlich gewarnt. Der Zeuge äußerte

kündig sein Leben bedroht.

Als Frau Buchholz den Vorsitzenden bittet, Herrn Hauptmann Stennes zu fragen, wo er die 5000 Mark her hatte, da es eine Zeit gegeben hätte, wo er nur drei Oberheymden in eigen nannete, sagte der Vorsitzende, daß er danach natürlich nicht fragen würde. In der weiteren Zeugenvernehmung wird über die Waffenschlebung in der Hundertschaft und Mißhandlungen berichtet. Der Wachmeister Pleit, der in dem Verdacht stand, als er in der damaligen Zeit vom Urlaub zurückgekommen sei, in seinem Schicksal die Worte standen:

„Tod jedem Verräter!“

Von besonderem Interesse waren aus den Aussagen der zahlreichen Zeugen die Ausführungen des Hamburger Oberwachmeisters Asmus, Schriftführer des Reichsverbandes der Postzeitungsmeister. Als der Todesfall bekannt geworden sei, seien ihm, dem Zeugen, die verschiedensten Vorgänge aus der Hundertschaft z. B. mitgeteilt worden. Die Hundertschaft habe Agentengelder ausbezahlt, und zwar seien die Listen auf das Zimmer des Herrn Hauptmann Stennes gebracht worden. Dort hätten Offiziere singulierte Unterschriften geleistet. Mitglieder der Hundertschaft z. B. seien mit Pistolen und Gummiknüppeln bewaffnet in deutsche nationale Versammlungen gegangen, angeblich um die Versammlungen zu überwachen. Die Beamten hätten sich in den Versammlungen bei den Versammlungsleitern gemeldet und hätten dort weitere Weisungen erhalten. Mitglieder der Hundertschaft z. B. haben deutsche nationale Flugblätter und antisemitische Heftplakate angeklebt. Mitglieder der Hundertschaft z. B. seien im Herbst 1919 mit Beamten der Abteilung Ia zum Grenzüberwachungsdienst nach dem Osten entsandt worden. Hauptmann Stennes habe diese Beamten dahingehend instruiert, daß sie alle Personen über die Grenze lassen sollen, die das Stichwort „Brandenburg“ sagen. Als der Vorsitzende den Zeugen unterrichtet, daß dies nicht zur Sache gehöre, erwidert der Zeuge, daß die Nordia, die seiner Ansicht nach politische Notizen habe, nur geklärt werden könne, wenn man die ganzen Nachrichten der Hundertschaft z. B. beleuchte. Nach weiteren Zeugenvernehmungen wurde in später Nachmittagsstunde die Verhandlung auf heute verlegt.

Die Kriegsbefähigtenrenten

Zahlreiche Klagen und Beschwerden beschäftigen sich mit der schleppenden Erledigung und der verzögerten Auszahlung der Kriegsbefähigtenrenten, die diese nach dem neuen „Mannschafts-gesetz von 1. April 1920“ zu verlangen haben. Zahlreiche Proteste der großen Reichs- und Kriegsbefähigtenverbände haben sich wiederholt beschwerdeführend an die in Frage kommende Instanz gemeldet, ohne daß irgendwelche Besserung zu merken gewesen wäre. Diese verzögerte Erledigung hat in Kreisen Kriegsbefähigter eine wachsende Erregung ausgelöst, die sich bereits in lebhaften Protesten Luft gemacht hat. Es soll sicherlich nicht verkannt

hätten sich beliebt, wie die Lombarden, wie Katalonien unter deutschem Einfluß. Wir sind ein Volk von Erfindern, Künstlern, Landwirten, Kleinhändlern. Unsere Ausflüchten bestehen darin, daß wir zusehen, wie andere unseren Gesundheitszustand verbessern, unsere Verkehrsmittel, unsere Erzeugnisse zweckdienlicher machen und unsere Landesprodukte über die Erdoberfläche verbreiten, wozu wir unfähig sind. Ich komme also auf die Frage zurück, die ich schon aufgeworfen habe: Wie können persönliche Vorteile in ihrer Gesamtheit ein Unglück für die Allgemeinheit ergeben?“

Réal rief aus: „Wohllieben ohne Würde, Glück von Hund an der Leine!“

„Aber nein, verehrter Herr. Die Deutschen sind als Volk ziemlich haltlos. Sie wären so rasch in unserem Volkstum aufgegangen, wie sie sich in den Vereinigten Staaten amerikanisiert haben. Wir hingegen sind ein starkes Volk. Wir haben einen ganz bestimmten Volkscharakter. Schiden Sie einen Franzosen in die Verbannung, er bleibt Franzose bis in die Fingerspitzen. Wir wären erst recht bei uns im Lande Franzosen geblieben. Nur eine sterbensranke Rasse erliegt einer derartigen Veränderung. Wenn sie noch Leben in sich fühlt, verdaut sie ihren Bestieger.“

Réal nahm spöttisch das Bild auf: „Wenn er nur nicht gar zu unverdächtig ist! Lassen Sie es gut sein! Die Widderhaube wäre uns im Hals stecken geblieben. Leider Gottes gibt es Haß aus Naturtrieb, tierischen Haß...“

„Ich leugne nicht, daß Haß vorhanden ist.“

„Na also!“

„Wie in jedem Lande Europas zwischen den Gemeinwesen und den einzelnen Provinzen, die sich schließlich als Vaterländer aufgetan haben, Haß besteht... Die Erinnerung an die Vergangenheit sollte uns wenigstens befähigen, die Möglichkeiten für die Zukunft zu erfassen. Die Deutschen sind ein junges, fruchtbares Volk. Wenn wir ihnen die Auswanderung nach den Kolonien unterbinden, werden sie sich nach dem Westen ausbreiten, nach dem großen Gesele der Völkermigration, das Ihnen nicht unbekannt sein dürfte. Auch wir haben jetzt die Wahl. Sie werden friedlich zu uns mit der Nordbahn kommen oder sie werden neuerdings von der Eroberungswut getrieben, die schon einmal ihr Unglück wie das unsere war, mit Trommeln und Querflöhen durch die Avenue des Champs-Élysées einmarschieren. Ich ziehe das erste vor...“

werden, daß es den maßgebenden Kreisen nicht an gutem Willen fehlt eine grundlegende Verbesserung herbeizuführen. Offenbar aber frant das ganze heutige Rentenverfahren an einer Art Ueberorganisation, durch die z. B. ein Rentendeseid des Hauptverordnungsamtes Brandenburg, der einen Kriegsbefähigten im Kreise Kiederbarnim betrifft, die überaus kurze Spanne von durchschnittlich 21 Tagen gebraucht, um von der General-Pape-Straße nach dem Friedrich-Karl-Ufer zu gelangen. Es wäre an der Zeit, einmal nachzuprüfen, ob nicht auf einem anderen, als bureaukratischem Wege, die Abfärzung dieser Frist zu erzielen ist.

Das Wasser steigt

Deutschland ist wie ein verdefender Kabaer, in dem Schafale, Schmeißfliegen und Mastläser ein gleriges Wahl halten. Die über das Land gekommene Teuerungswelle, die allem Anschein nach erst im Anfange ihrer Entwicklung steht, hat das heutelüsterne Gefindel der Wucherer und Schieber, das ohnehin stets bereit ist, dem Volke an die Kehle zu springen, ganz besonders mobil gemacht.

Natürlich markiert unsere famose Landwirtschaft feste an der Spitze. Mit Gott, für den ausgerissenen Wilhelm und für einen prallen Geldbeutel, lautet die neue Devise dieser Patrioten. Aufmerksam studieren sie den täglichen Kurszettel und lassen die Preise für ihre Produkte von Tag zu Tag immer mehr in die Höhe klettern. Und da ihnen der Dollar denn doch ein wenig zu große Sprünge macht, die mitzumachen sie nicht gut irgendwie motivieren können, so fangen sie an, Kartoffeln und Getreide zurückzuhalten. Immerhin enthüllt so mancher von denen, die die größten Kartoffeln haben, strupellos sein Inneres. Wer Gelegenheit gehabt hat, in den Landgemeinden nördlich von Berlin bei den Bauern um Kartoffeln nachzuzugeln und dabei so unvorsichtig war, zu ver-raten, daß er in der Reichsmeitropole, wohl gar in Pichlerberg, Panlow oder Neukölln seinen Dohnsig habe, der konnte allerhand erleben und zu hören bekommen. „Kartoffeln für euch Bolschewiken? — Freht Sch...!“ war so ziemlich das Glimpsfische, was den bäuerlichen Mäulern entfuhr.

Man muß leider sagen, daß der Kleinhandel, der sonst stets entrüstet tut, wenn man mit Bezug auf ihn von Wucher und Ausbeutung spricht, und der immer und immer versichert, daß er unschuldig sei an dem gewissenlosen Treiben dieser Zeit, in seinen Reichen Existenzen hat, die sehr eifrig die Kletterpartie auf der Teuerungswelle mitmachen und einen Vorzeil für sich herauszulageln suchen, wo sie nur können. In ihren Läden verschwinden plötzlich alle Waren, deren Preise eben noch erträglich waren. Sie verschwinden in den Speicher oder Keller und kommen erst zwei bis drei Tage später zu teureren Preisen wieder in den Verkaufsraum. So ging's mit Reis und Bohnen, mit Kaffee und all den anderen Dingen, die gute Wucherobjekte sind.

Auch die Konsumvereine werden leider früher oder später unter den mißlichen Verhältnissen zu leiden haben, die mit aller Macht zu bekämpfen Pflicht der Regierung wäre! Wäre! Doch kann man von ein m Dohlen mehr verlangen, als daß er krummt und fröh? Der Ernährungsminister, den man früher einmal in Spiritus setzen sollte, weil er bei Lebzeiten keinen hatte, machte dem Wucher ja erst recht die Türen auf, indem er erklärte, daß an der Teuerung der schlechte Stand unserer Mark Schuld sei. Er billigt also Handel und Landwirtschaft Balutapreise zu, obwohl er ganz genau weiß, daß die Lohn- und Gehalts-empfangler da nicht miffäumen.

Das Wasser steigt... Die Lebensmittelkrawalle da und dort sind ernste Signale. Hunger tut noch immer weh, und der Proletarier — mit und ohne Stechfragen! — weiß nicht, wie er noch seinen Verpflichtungen gegen sich und die Seinen nachkommen soll. Wenn schon Balutapreise, dann auch Baluta-löhne. Oder wir erleben Dinge, gegen die alles Frühere Kinderpiel ist.

Wie wir bereits gemeldet hab-n, stoßen die noch immer sehr sanften Maßnahmen der Behörden gegen die allgemeine Generaloffensive der Wucherer in Stadt und Land auf die geschlossene Abwehr dieser lauberen Patrone. Auch die Berliner Kartoffelgroßhändler wollen jetzt kreieren. Nach dem Beispiel ihrer pommerischen Kollegen, die bekanntlich den Großhandel mit Kartoffeln einseitigen ruhen lassen, hat der Verein Berliner Kartoffelgroßhändler in seiner

Die zynische Ruhe, mit der dieser Franzose der Befehung seines Landes entgegensch, empörte Réal. Als sie zum Pont-Neuf gekommen waren, verabschiedete er sich jäh von Duclair und Jacobi und ging allein weiter. Er atmete kräftig und schritt schnell dahin, als wollte er diese abscheulichen Redensarten los werden.

14.

Ganz Paris.

Im Theater Antoine sollte ein Stück gegeben werden, dessen Grundfah der Verfasser in einem Aufsatz der „Comodia“ auseinandergesetzt hatte. Das Stück war bestimmt, die Stimmung zu heben. Eine Figur des Stückes sollte die Meinung eines realistisch denkenden Patrioten ausdrücken, der es aussprach, daß der Friede der Zukunft nur für den Preis von Opfern an Eigenliebe zu haben sei.

Schon erhoben sich Kämpfe um das Stück und seine Weltanschauung. Jeder hatte, wie es üblich ist, im vornhinein Stellung genommen, obgleich ja die Unparteilichkeit angerufen werden sollte.

„Ich muß mir das ansehen,“ dachte Réal, „es scheint, daß die Gedanken von Jacobis Freund sich auszubreiten beginnen.“

Er fand es übrigens auch nötig, sich in der Welt zu zeigen. Durch seine neuen Arbeiten war er derzeit in Anspruch genommen, daß er seine Verbindungen vernachlässigt hatte. Sein Zeichen erschien in den Zeitungen nur noch sehr unregelmäßig. Nebenbuhler, die politische Empfehlungen aufweisen konnten, hatten alle Anstalten getroffen, um ihren Namen an Stelle des seinen in den Spielplan des Nationaltheaters einzuschmuggeln. Er fühlte, daß ihre Saat im Aufgehen war. Er begehrte nicht mehr wie einst einmütiger Zustimmung. Die rückschrittlichen Blätter hatten voll Ueber-raschung und Aerger die kühnen Folgerungen seiner Aussätze besprochen, die in links gerichteten Zeitungen erschienen waren. Zunächst hatte er gelächelt. Inbes, würde das nicht seiner ganzen Zukunft schaden? Das wollte er denn doch vermeiden...

Réal erschien im Theater etwas verspätet. Der erste Akt hatte bereits begonnen.

Von Anfang wurden gewisse Sätze von den Darstellern ins Publikum gesprochen.

Der eine sagte: „Sie wollen also Frankreich aufhelfen und unser Ideal preisgeben! Nicht doch, wir wollen Franzosen bleiben und unsere Schwächen mit unserer sprichwörtlichen guten Laune tragen. Gut, wir mögen schmuggeln Frühe haben, aber wir haben klare Köpfe! Auf den Kopf kommt es an, Frankreich ist und bleibt Frankreich!“ (Fortsetzung folgt.)

Der einzige Weg

Roman von Paul Reboux

Üebersetzt von Rudolf Hübner

Copyright 1921 by Grethlein & Co. G. m. b. H., Leipzig.

(28. Fortsetzung.)

Réal lächelte bitter: „Ihre Lehre ist also: Tretet ein, liebe Freunde! Tut, als ob ihr zu Hause wärt!“ Wirklich, eine Kleinigkeit!“

Duclair bemühte sich, deutlicher zu werden: „Gewiß, verehrter Herr Réal, eine Kleinigkeit für Sie, für mich, für alle Schühengrabenkämpfer, für 99 999 von 100 000 Einwohnern. Seit dem Mittelalter haben sich Sitten und Gebräuche eben geändert. Hat selbst Napoleon die Einwohner der eroberten Städte vertrieben? Was hätte es für die Bewohner von Brest bedeutet, ob Brest nun eine deutsche oder französische Aufschrift bekäme? Sie würden immer Steuern zahlen müssen, und zweifellos minder hohe, als sie heute zahlen. Ihre Lebensgewohnheiten wären nur insofern geändert worden, als sie bequeme Eisenbahnzüge, saubere Straßen erhalten hätten. Jeder hätte aus der neuen Atmosphäre, die anwachsender Handel stets um sich verbreitet, Nutzen gezogen. Ich bitte Sie, was hätte es uns persönlich geschadet, wenn die Erzlager von Brien ihre Besucher gewechselt hätten? Die Aktionäre hätten auch weiter den Erlös ihrer Zinsscheine, die Arbeiter ihren Lohn gehabt...“

„Aber unsere Industrie hätte das Erz viel teurer bezahlen müssen.“

„Biel weniger teuer als die Kohle, die wir von England beziehen.“

Réal wurde zornig: „Hören Sie doch auf! Sie wollten uns unsere Provinzen nehmen, die Champagne, Burgund und so fort...“

„Lassen Sie doch! Dann wäre es den Provinzen ergangen wie den Städten. Kein Einwohner hätte etwas anderes zu erleiden gehabt als die Aenderung in der Uniform der Schulkleute. Ich versichere Ihnen, ein Beschwechsel ist minder schlimm als eine Sackpate. Der Nationalstolz war ganz gut für die Zeit der großen Fieberbüße.“

„Also Abdankung Frankreichs,“ sagte Réal bitter, „mir scheint, daß Ihnen diese Möglichkeit wenig Kummer macht.“

Duclair erwiderte friedfertig: „Das wäre keine Abdankung. Eine Blutmischung hätten wir sehr gut brauchen können. Unsere trügsten Landstriche

